

2. Landesdelegiertenrat

12. März 2010 in Halle (Saale)



Resolution: Verharmlosung rechter Gewalt beenden - Land muss Fortbildungsveranstaltung „Hingucken nach rechts und links“ absagen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren, dass mit dem Verweis auf die prinzipielle Vergleichbarkeit des nationalsozialistischen Terrorstaates und des DDR-Unrechtstaates in Sachsen-Anhalt aktuell Geschichtspolitik betrieben wird, die eine Verharmlosung heute alltäglicher neonazistischer Gewalt befürchten lässt.

Die anhaltende Diskussion um die für nächste Woche geplante Lehrerfortbildung in der halleschen Gedenkstätte „Roter Ochse“ durch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, die Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt und die Landeszentrale für politische Bildung zeigt – gerade auch wegen der ausschließlich kosmetischen Korrekturen am Programm – die Tendenz zur historischen Fehleinschätzung. Sie dient der Legitimation politischer und historischer Deutungen von Geschichte und Gegenwart, die in einer Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus gipfeln.

Die Veranstaltung atmet den Geist der politisch instrumentalisierten Extremismusforschung. Der Magdeburger Politikwissenschaftler Roland Roth hat diese zu Recht als „meinungsstarke, aber erkenntnisarme Minderheit“ im Wissenschaftsbetrieb bezeichnet. CDU und FDP berufen sich in ihrem Koalitionsvertrag auf Bundesebene auf eben diese Wissenschaftsströmung, wenn sie erklären, Rechts- und Linksextremismus sowie islamischer Extremismus stellen in gleichem Maße eine Gefährdung der Demokratie dar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen fest: Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die grassierende Demokratiefeindlichkeit sind – verbunden mit der in vielen Regionen der Bundesrepublik vorhandenen neonazistischen Strukturen und Alltagskulturen – eine Bedrohung der Demokratie. Seit 1990 starben mehr als 140 Menschen durch rechte Gewalt, mindestens 9 davon in Sachsen-Anhalt. Allein 2009 wurden in Sachsen-Anhalt 111 rechte Gewalttaten bekannt. Alle 26 Minuten passiert in Deutschland statistisch gesehen eine rechtsextrem motivierte Straftat – 2008 waren es rund 20.000, für 2009 wird, wenn die Nachmeldungen eingegangen sind, eine ähnliche Zahl erwartet. Offene oder latente Fremdenfeindlichkeit ist in Sachsen-Anhalt weit verbreitet und die Funktionsfähigkeit demokratischer Strukturen und Institutionen wird von vielen Menschen in Zweifel gezogen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die CDU-SPD-Landesregierung noch einmal auf, die kritisierte Lehrerfortbildung abzusagen und dem grassierenden Rechtsextremismus ein eigenes Landesprogramm zur Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus entgegenzusetzen. Das heißt auch, schon heute Zusagen zur Aufrechterhaltung bestehender Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus zu machen. Diese sind nach dem Willen der Bundesregierung in ihrer Existenz bedroht, weil die Finanzierung im Haushalt nicht gesichert ist und sie zudem auf Extremismus allgemein ausgeweitet werden sollen.

Die Fortbildung kann zu einem späteren Zeitpunkt durch eine wissenschaftlich ausgewogene Veranstaltung ersetzt werden, die den Willen zur Auseinandersetzung mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen einem nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungsprojekt und einer stalinistischen Diktatur herausarbeitet. Die gewonnenen Erkenntnisse können in eine folgende Lehrerfortbildung einfließen.